

Ein offener Brief an die Bremer Grünen

Sehr geehrte Mitglieder des Landesvorstandes und der Verhandlungsdelegation, sehr geehrte Mitglieder der Grünen,

es steht mir nicht zu, den Grünen für ihre Entscheidung über eine Koalition in Bremen konkrete Ratschläge zu erteilen. Als jemand, der die Grünen seit vielen Jahren durch wissenschaftliche Veröffentlichungen begleitet und Koalitionsforschung betreibt sowie als Mitglied des Beirats der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, der an der Reflexion über die Entwicklung der grünen Partei teilnimmt, möchte ich gleichwohl einige Gesichtspunkte benennen, die für eine Entscheidung relevant sein könnten. Es bleibt jeder und jedem selbst überlassen, daraus für sich Schlüsse zu ziehen.

Lothar Probst (www.lotharprobst.de)

Schnittmengen- oder Ergänzungscoalition?

Die Stärke und neue Macht der Grünen als Partei der Mitte

Die Grünen haben es in der Hand, von welcher Koalition Bremen in den nächsten vier Jahren regiert wird. Wie immer sie sich entscheiden, sie sollten es ohne Vorfestlegungen aus einer verantwortungsbewussten Position heraus machen, die nicht nur die eigenen Parteiinteressen, sondern das Wohl und die Zukunft Bremens im Auge hat. Das hat damit zu tun, dass die Grünen längst keine Partei des linken Lagers mehr sind, sondern sie repräsentieren eine neue Mitte, die sowohl an progressive christliche und liberale Milieus anschlussfähig ist als auch gleichzeitig mit einem Bein immer noch in alten Bündniskonstellationen steht. Bei der Europawahl haben die Grünen bundesweit 1,25 Millionen Stimmen von der SPD, 1,1 Millionen von der CDU, 610.000 von der Linken und 480.000 von der FDP gewonnen. 58 Prozent der Wähler der CDU haben erklärt, dass sie die Grünen für eine „moderne, bürgerliche Partei“ halten. Solche Zahlen zeigen, dass die Zeiten eines Kulturkampfes zwischen Grünen und CDU längst vorbei sind. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass die Grünen in alle Richtungen ausgreifen und dass ihnen damit für die Gestaltung der Zukunft mehr Verantwortung zuwächst. Darüber hinaus sind sie in neun verschiedenen Koalitionen auf Landesebene vertreten, deren Farbpalette von Grün-Schwarz, Rot-Grün, Rot-Rot-Grün bis Jamaika- bis Ampelkoalition reicht. Das alles umschreibt die neue Position der Grünen im Parteiensystem, die ihnen zu einer bisher nicht gekannten Stärke verhilft. Auffällig ist, dass durch die fortschreitende elektorale Schwäche der SPD Linkskoalitionen an Unterstützung verlieren und kein politisch-gestaltendes Kraftzentrum mehr bilden. Die SPD hat in der Linkskoalition in Berlin seit ihrer Bildung mehr und mehr an Zuspruch eingebüßt und liegt in den aktuellen Umfragen nur noch bei 15 Prozent. Würde jetzt ein neues Abgeordnetenhaus gewählt, wären die Grünen mit 23 Prozent in Berlin stärkste Partei.

Schnittmengenkoalitionen

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Grünen auch in Bremen die Vor- und Nachteile sowie die langfristigen Folgen der zur Diskussion stehenden Alternativen sorgfältig abwägen. Befürworter eines Linksbündnisses argumentieren damit, dass es zwischen den Wahlprogrammen von SPD, Grünen und Linken die meisten Gemeinsamkeiten gibt – also die größten Schnittmengen. Tatsächlich geht man auch in der Koalitionsforschung davon aus, dass in der Regel Koalitionen geschlossen werden, die die meisten programmatischen Übereinstimmungen aufweisen. Aber es kommt auch immer wieder zu Abweichungen von dieser Regel, und die empirische Analyse zeigt, dass nicht erwartete Koalitionen aus Parteien, die unterschiedlichen Lagern zugerechnet werden, keine schlechteren Politikergebnisse erzielen als reine Lagerbündnisse. Außerdem gibt es neben programmatischen Schnittmengen immer auch andere Gesichtspunkte, die bei einer Koalitionsbildung bedacht werden müssen.

Die Schwierigkeit, mit einem klaren Wahlverlierer zu koalieren

Ein starkes Argument, das niemand ignorieren kann, ist die Tatsache, dass die Bremer SPD von den Wählern deutlich abgestraft wurde und nicht mehr stärkste Partei ist. Die Grünen haben in ihrer Wahlkampagne ein „Weiter so wie bisher“ ausgeschlossen und sind mit dem Versprechen eines Neustarts angetreten. Bisher ist von der SPD kein klares Signal für einen Neuanfang ausgegangen. Es steht den Grünen nicht zu, sich in die laufenden Personaldiskussionen der SPD einzumischen. Das ist eine Frage, die die SPD unter sich ausmachen muss. Gleichwohl ist zu spüren, dass es in der Bremer SPD gärt. Den bereits zirkulierenden Vorschlag, die noch amtierende Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Antje Grotheer, ins Rennen zu schicken, können die Grünen erst bewerten, wenn er offiziell auf dem Tisch liegt. Wer die zukünftige Richtung der Partei vorgibt, ist jedenfalls nicht klar, geschweige denn, dass auch nur ansatzweise eine Diskussion über die Wahlniederlage geführt wurde. Es spricht für sich, wenn der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Aumund-Vegesack, Björn Wehrs, über seine Partei mit Blick auf den Klimawandel und die junge Generation sagt: „Wir haben darauf keine Zukunftsantworten. Wir sind eine derart verstaubte Partei“. Sich in die Koalitionsverhandlungen zu stürzen, ohne sich der Verantwortung für die Wahlniederlage zu stellen, ist jedenfalls eine gewagte Flucht nach vorn. Bisher hält die SPD zudem am höchst umstrittenen Bau des OTB festhält, obwohl die Gerichte der bisherigen Planung eine klare Absage erteilt haben. Sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Aspekte sprechen eher gegen den OTB. Grüne und Linke haben sich ohne Wenn und Aber gegen den Bau des OTB positioniert – hier stehen sie bei ihren Wählerinnen und Wählern im Wort.

Ergänzungskoalitionen

Die Alternative zu einer möglichen Schnittmengenkoalition wäre eine Ergänzungskoalition, wie sie u.a. von einer schwarz-grünen bzw. einer Jamaika-Koalition repräsentiert wird. Hier geht es nicht um die größten Schnittmengen, sondern um die Frage, wie sich die Schwer-

punkte und Kompetenzen der jeweiligen Partner ergänzen und wie jede Partei, die Möglichkeit bekommt, sich mit ihren Schwerpunkten zu präsentieren und Erfolge vorzuweisen. Die Logik einer Ergänzungscoalition hat Monika Heinold, grüne Finanzministerin in Schleswig-Holstein, treffend auf den Punkt gebracht: "Es gibt drei sehr unterschiedliche Regierungspartner, die nicht den Anspruch haben, eins sein zu wollen." Statt auf denselben Politikfeldern miteinander zu konkurrieren und sich gegenseitig ins Gehege zu kommen, verwaltet jede Partei ihre Ressorts und versucht dort das umzusetzen, was man im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Natürlich bedarf es auch innerhalb einer Ergänzungscoalition eines Mindestmaßes an Übereinstimmung, dass sich an den zentralen Vorhaben und Zielen einer Koalition ablesen lassen muss.

Generationengerechtigkeit als Klammer einer Koalition

Unstrittig zwischen allen Parteien – ob in einer Jamaika- oder in einer Linkskoalition – ist die Dringlichkeit, ökologisch zu handeln und klimapolitische Fortschritte zu erzielen. Dieses Ziel muss sich – in welcher Koalition auch immer – in einem Koalitionsvertrag wiederfinden. Nicht anders ist es mit dem Thema Bildung, weil eine Neuaufstellung in der Bremer Bildungspolitik ähnlich dringlich ist, wie zum Beispiel eine Verkehrswende in der Bremer Innenstadt. Ein überwölbendes Thema jeder denkbaren Koalition könnte zudem die Generationengerechtigkeit sein. Die Proteste und das Wahlverhalten der jungen Wählerinnen und Wähler haben deutlich gemacht, dass sie eine Politik auf Kosten ihrer Zukunft nicht mehr dulden. Auf die „Kröten“ aufzupassen – also die Umwelt und die Artenvielfalt bewahren und den nachkommenden Generationen keine immer weiterwachsende Schuldenlast zu hinterlassen –, ist ein Gebot der Stunde. Daran geht für keine der in Frage kommenden Koalitionen ein Weg vorbei, wenn sie von der Jugend ernst genommen werden will.

Vorurteilsfrei statt voreingenommen entscheiden

Ob mit einer CDU, die mit einem politisch noch unerfahrenen Spitzenkandidaten ins Rathaus drängt und mit einer FDP, die sich im Wahlkampf und im Wahlergebnis als politisches Leichtgewicht entpuppt hat, die bessere oder die glaubwürdigere Koalition geschlossen werden kann, steht genauso zur Debatte wie die Frage, ob man mit einer politisch angeschlagenen SPD einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Für die grünen Mitglieder ist es vor diesem Hintergrund wichtig, vorurteilsfrei nach den Ergebnissen der Sondierungsgespräche abzuwägen, mit wem ihre Partei am ehesten die Zukunft Bremens gestalten kann.